

GOERTZ



Handbuch Äußere Sicherheit

Die wichtigsten Begriffe
für Studium und Praxis

Handbuch Äußere Sicherheit

Die wichtigsten Begriffe
für Studium und Praxis

Prof. Dr. Stefan Goertz
Professor für Sicherheitspolitik,
Hochschule des Bundes, Fachbereich Bundespolizei, Lüneburg

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek |
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind
im Internet über www.dnb.de abrufbar.

PRINT-ISBN 978-3-415-07590-0

E-ISBN 978-3-415-07591-7

© 2024 Richard Boorberg Verlag

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zu-
gelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlages. Dies gilt
insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen,
Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in
elektronischen Systemen.

Titelfoto: © Kirill Makarov – stock.adobe.com |

Satz: abavo GmbH, Nebelhornstraße 8, 86807 Buchloe

Richard Boorberg Verlag GmbH & Co KG | Scharrstraße 2 | 70563 Stuttgart
Stuttgart | München | Hannover | Berlin | Weimar | Dresden
www.boorberg.de

Abrüstung und Rüstungskontrolle sind zentrale Bausteine der globalen Sicherheitsarchitektur. Abrüstung bleibt auch zukünftig eine drängende Aufgabe. Die unkontrollierte Weiterverbreitung atomarer Waffen ist eine der größten Bedrohungen unserer Sicherheit. Abrüstung erfordert Vertrauen zwischen Staaten. Die Vereinten Nationen, eine Organisation, in der jeder Staat eine Stimme hat, können eine Schlüsselrolle bei der Förderung von Vertrauen spielen. Im Ersten Ausschuss der UN-Generalversammlung befassen sich die Mitgliedstaaten mit vielfältigen Abrüstungsfragen – von Klein- bis zu Atomwaffen. Abrüstung ist Thema im gesamten UN-System: von der Abrüstungskommission in New York bis zur Abrüstungskonferenz in Genf. Zusammen bilden diese Gremien einen institutionellen Rahmen für den multilateralen Austausch und das Handeln in dieser grundlegenden Sicherheitsfrage.

Abrüstung, Rüstungskontrolle, Nichtverbreitung und Vertrauensbildung sind wesentliche Elemente einer vorausschauenden Sicherheitspolitik. Sie helfen, militärische Bedrohungen und Eskalationsrisiken zu reduzieren und tragen – wie Abschreckung und Verteidigung – zur strategischen Stabilität bei. Entscheidende Ziele von Abrüstung und Rüstungskontrolle sind mehr Transparenz und Berechenbarkeit.

Begrifflich ist zwischen Rüstung, Abrüstung und Rüstungskontrolle zu unterscheiden. Lahl und Varwick verweisen darauf, dass bereits Rüstung und Abrüstung „schillernd“ seien, da sich hinter ihnen höchst „unterschiedliche Definitionen, Formen und Zwecke“ verbürgen (Lahl/Varwick 2022, S. 120). Häufig werden mit Rüstung generell Militärausgaben verbunden, genauer ist jedoch die Verengung auf militärische Beschaffung und Entwicklungsausgaben, also beispielsweise ohne Ausgaben für Personal, Infrastruktur oder Ausbildung (Lahl/Varwick 2022, S. 120).

Rüstungskontrolle zielt auf die politisch geordnete Steuerung von Rüstungsprozessen durch bi- oder multilaterale bzw. globale Vertragswerke ab. Dadurch soll durch quantitative und auch qualitative Vorgaben die Dynamik der Rüstungsmotive beherrscht und gegenseitiges Vertrauen gebildet werden (Lahl/Varwick 2022, S. 120).

Abrüstung und Rüstungskontrolle müssen auf der Grundlage von Gegenseitigkeit und Nachprüfbarkeit (Verifizierbarkeit) in Form von bilateralen oder multilateralen Vereinbarungen geregelt und kontrolliert werden (Meier/Kamp/Meyer zum Felde 2021, S. 9). Abrüstung und Rüstungskon-

trolle sollen die Krisenstabilität sowie die strategische Stabilität fördern und zur Senkung der durch Rüstungswettläufe entstehenden Kosten beitragen. Die Maßnahmen hierfür reichen von Verboten und quantitativen sowie qualitativen Begrenzungen von Waffensystemen, Begrenzung von Stationierungen und militärischen Übungen, Informations- und Datenaustauschen über Streitkräfte, Stationierungen und militärische Planungen, Notifizierung militärischer Aktivitäten, Beobachtung durch technische Mittel und Inspektoren, Vor-Ort-Inspektionen zur Überprüfung von Daten bis hin zu vertrauensbildenden Maßnahmen in Form von Besuchen (Meier/Kamp/Meyer zum Felde 2021, S. 9).

Die Implementierung und Verifikation der verschiedenen Rüstungskontrollverträge und -vereinbarungen obliegt dabei dem 1990 eingerichteten Zentrum für Verifikationsaufgaben der Bundeswehr (ZVBw). Die rund 180 militärischen und zivilen Angehörigen des ZVBw stellen nach den politischen Vorgaben des Auswärtigen Amtes und unter fachlicher Führung des Referats Politik II 5 im Bundesministerium der Verteidigung die Umsetzung der Rüstungskontrollverträge sicher, die Deutschland mit anderen Staaten abgeschlossen hat. Dazu führen sie u. a. entsprechende Verifikationsmaßnahmen (z. B. Inspektionen, Überprüfungsbesuche, Beobachtung militärischer Übungen, Beobachtungsflüge) im Ausland durch und begleiten ausländische Teams bei Verifikationsmaßnahmen in Deutschland (BMVg 2022).

Während des Kalten Krieges in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts waren Abrüstung und Rüstungskontrolle entscheidender Bestandteil der Entspannungspolitik zwischen West und Ost, um den Ost-West-Konflikt in Europa durch konventionelle Rüstungsbegrenzung zu entschärfen. In den 10 bis 20 Jahren vor dem Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine haben Stagnation in der konventionellen sowie nuklearen Rüstungskontrolle, die Erosion und Aushöhlung vieler Verträge durch fehlende Anpassung an die veränderten sicherheitspolitischen Bedingungen bis hin zum Vertragsbruch (INF-Vertrag) durch Russland den Stellenwert von Abrüstung und Rüstungskontrolle massiv verringert und eine Krise der globalen Rüstungskontrollarchitektur ausgelöst (Meier/Kamp/Meyer zum Felde 2021, S. 9).

Abrüstung und Rüstungskontrolle war spätestens seit der Annexion der Krim 2014 sowie den sicherheitspolitischen Spannungen zwischen den USA und China deutlich schwerer geworden als noch zum Ende des 20. Jahrhunderts. Das Verhältnis USA-China, USA-Russland, NATO-Russ-

land, EU-Russland wird europaweite und weltweite Abrüstung und Rüstungskontrolle für die mittelfristige Zukunft signifikant erschweren.

→ Europäische Union (EU)

→ NATO

→ Russland

→ USA

Quellen

- ▶ Bundesministerium der Verteidigung (2022): Rüstungskontrolle. <https://www.bmvg.de/de/themen/friedenssicherung/ruestungskontrolle> (21.11.2023) (BMVg).
- ▶ Lahl, Kersten/Varwick, Johannes (2022): Sicherheitspolitik verstehen. Handlungsfelder, Kontroversen und Lösungsansätze. Frankfurt am Main.
- ▶ Meier, Ernst-Christoph/Kamp, Karl-Heinz/Meyer zum Felde, Rainer (2021): Wörterbuch zur Sicherheitspolitik. Abrüstung und Rüstungskontrolle. Hamburg.

Abschreckung

Abschreckung (Englisch „deterrence“) ist eine politische sowie militärische Strategie mit dem Ziel, den Frieden dadurch zu erhalten, dass potenzielle Gegner das Risiko eines Angriffs wegen der für sie nicht kalkulierbaren Folgen als zu hoch einschätzen und deswegen keinen Angriff durchführen. Nach Ausbruch eines militärischen Konflikts, eines Krieges, besteht das Prinzip von Abschreckung darin, dass Abschreckungsdrohungen dem Gegner signalisieren, dass sein potenzieller Schaden größer sein wird als sein zu erwartender Nutzen, damit er zum Abbruch der Kampfhandlungen bewegt wird (Meier/Kamp/Meyer zum Felde 2021, S. 15). In diesem Sinne kann Abschreckung einerseits eine Kriegsverhinderung und andererseits eine Kriegsbeendigung bewirken.

In der sicherheitspolitischen Literatur wird über Rüstung und Abschreckung gestritten. Zum einen wird die Auffassung vertreten, Rüstung führe zwangsläufig zu mehr Unsicherheit und erschaffe bzw. verschärfe das Sicherheitsdilemma, sodass aus gegenseitiger Furcht und Misstrauen Staaten in einen Wettstreit um Macht einträten. Zum anderen wird ausgeführt, dass ein gewisses Maß an Rüstung, damit auch an Abschreckung,

erforderlich sei, um überhaupt sicherheitspolitisch handlungsfähig zu sein und damit einerseits die eigene staatliche Souveränität und Sicherheit zu wahren und andererseits auch einen Beitrag zur Stabilität des internationalen Systems zu leisten (Lahl/Varwick 2022, S. 121).

→ NATO

→ Russland

→ Ukrainekrieg

→ Taiwan-Konflikt

→ USA

Quellen

- ▶ Lahl, Kersten/Varwick, Johannes (2022): Sicherheitspolitik verstehen. Handlungsfelder, Kontroversen und Lösungsansätze. Frankfurt am Main.
- ▶ Meier, Ernst-Christoph/Kamp, Karl-Heinz/Meyer zum Felde, Rainer (2021): Wörterbuch zur Sicherheitspolitik. Abschreckung. Hamburg.

Afghanistan

Afghanistan hat unter der aktuellen, zweiten Taliban-Herrschaft nach Angaben des CIA Factbook ein Bruttoinlandsprodukt von ca. 77.04 Milliarden US-Dollar, eine seit der erneuten Machtübernahme durch die Taliban dramatisch gestiegene Inflation und handelt seither verstärkt mit China. Die wesentlichen Exportländer sind aber immer noch die Vereinigten Arabischen Emirate, Pakistan und Indien (CIA 2022). So exportiert Afghanistan im Augenblick vornehmlich Gold, Trauben, Opium, Früchte, Nüsse und Teppiche (CIA 2022).

Innerhalb von zehn Tagen im August 2021 brach zusammen, was die westliche Staatenwelt in 20 Jahren aufgebaut hatte: der neue afghanische Staat nach der ersten Taliban-Herrschaft. Die afghanischen Soldaten der Afghan National Army und die afghanischen Polizisten der Afghan National Police waren den Taliban zahlenmäßig und die Ausrüstung betreffend haushoch überlegen. Trotzdem ergaben sie sich im August 2021 in zahlreichen Fällen kampflös den Taliban (Goertz 2022, S. 1).

Afghanistan vor 9/11 (dem 11. September 2001)

Ende der 1990er-Jahre errichteten die Taliban eine islamistische Diktatur in Afghanistan, ein „Steinzeit-Kalifat“. Nach dem Sturz der afghanischen Regierung und dem Abzug der internationalen Truppen im August 2021 sind die Taliban nun an der Macht zurück. Bei der Betrachtung möglicher Zukunftsszenarien für Afghanistan muss die jüngere Geschichte Afghanistans berücksichtigt werden (Goertz 2022, S. 3).

Ende der 1970er-Jahre hatte in Afghanistan ein erbitterter Kulturkampf getobt. In Kabul putschten sich die Kommunisten an die Macht und forcierten die Säkularisierung des Landes. Während in der Hauptstadt die mutigsten Frauen Miniröcke trugen, regte sich unter der Landbevölkerung breiter Widerstand. Es bildeten sich Mudschahedin-Gruppen: Milizen, die für ihre traditionellen Werte und den Islam und gegen ausländischen Einfluss kämpften. Diese Mudschahedin-Gruppen brachten die kommunistische Regierung tatsächlich ins Wanken, und so marschierten an Weihnachten 1979 Streitkräfte der Sowjetunion in Afghanistan ein, um das kommunistische Regime an der Macht zu halten (Putz 2020). Die Mudschahedin begannen sehr schnell ihren Kampf gegen die sowjetischen Streitkräfte. Als die USA angingen, die Mudschahedin bei ihrem Kampf gegen die Sowjetunion zu unterstützen, wurde Afghanistan zu einem zentralen Schlachtfeld des Kalten Krieges. Die CIA lieferte *stinger*-Flugabwehrraketen an die Mudschahedin, die es diesen ermöglichten, die Lufthoheit der Sowjettruppen zu brechen (Goertz 2022, S. 3).

Der Krieg der Mudschahedin gegen die Sowjettruppen hatte damit begonnen, dass am 28. Dezember 1979 Spetsnaz, russische Spezialkräfte, den Präsidentenpalast von Präsident Hafizullah Amin in Kabul gestürmt und Amin getötet hatten. Der Widerstand gegen die Sowjetbesatzung setzte in und um Kandahar ein, der Hochburg der Mudschahedin und späteren Taliban (Rashid 2010, S. 18).

Im Krieg gegen die Sowjettruppen wurden über 1,5 Millionen Afghanen getötet. Die Sowjetunion hatte ihren Krieg gegen die Mudschahedin mit jährlich ca. 5 Milliarden US-Dollar, insgesamt etwa 50 Milliarden US-Dollar, finanziert (Rashid 2010, S. 18). Die USA hatten die Mudschahedin, die späteren Taliban, in den Jahren 1980 bis 1992 mit schätzungsweise 5 Milliarden US-Dollar unterstützt. Dazu kamen Gelder von Saudi-Arabien und anderen islamischen Ländern, sodass die Mudschahedin insgesamt über 10 Milliarden US-Dollar erhalten hatten (Rashid 2010, S. 18).

Die Taliban vor dem 11. September 2001 waren eine Bewegung, die sich vor allem aus ehemaligen Mudschahedin rekrutierte, die gegen die sowjetischen Truppen und das kommunistische Regime in Kabul gekämpft hatten und ursprünglich vornehmlich aus Kandahar und der Region kamen. Die Taliban als Bewegung entstanden im Kontext des Bürgerkriegs, der nach dem Abzug der Sowjettruppen begonnen hatte. In jenem Bürgerkrieg fragmentierte sich der einstige geschlossene Widerstand gegen die Sowjettruppen und das kommunistische Regime in Kabul. In den nach dem Abzug der Sowjettruppen ausgebrochenen Kämpfen der ehemaligen Oppositionsparteien untereinander entstanden die Taliban. Die Taliban waren keine originäre Bürgerkriegspartei, bildeten sich aber nach Angaben von Mielke als Reaktion auf diesen Bürgerkrieg (Mielke 2021). Afghanische Islamisten gründeten die Taliban-Bewegung in den frühen 1990er-Jahren. Der Name Taliban ist vom arabischen Wort „talib“ (Student) abgeleitet. Ihren Ausgang nahm die Bewegung an sunnitisch-islamischen Koranschulen in Pakistan, wo afghanische Männer studierten, die vor der sowjetischen Besatzung ab 1979 geflohen waren. Ab Herbst 1994 eroberten die Taliban weite Teile von Afghanistan. Zwei Jahre später, am 27. September 1996, übernahmen sie mit dem Einmarsch in Kabul die Macht im Land (Goertz 2022, S. 4).

Nach dem Abzug der sowjetischen Truppen 1989 versank Afghanistan im Bürgerkrieg. Während sich in Kabul *warlords* mit verschiedenen Zielen bekämpften, scharte in der südlichen Stadt Kandahar Mullah Mohammed Omar etwa 50 Gefolgsleute um sich. Im September 1994 gründete Omar die Taliban, um „Afghanistan vom Joch der *warlords* zu befreien und eine tugendhafte, islamische Gesellschaft aufzubauen“ (zitiert nach: Putz 2020). Innerhalb von wenigen Wochen schworen 15.000 Kämpfer Mullah Omar die Treue und eroberten schnell Kandahar. Seine Taliban wurden von Pakistan unterstützt und eilten von Etappensieg zu Etappensieg. 1996 nahmen sie die Hauptstadt Kabul ein und riefen im September desselben Jahres das Islamische Emirat Afghanistan aus. Fotos, Videos und Musik wurden als „unislamisch“ verboten. Mädchen durften weder Kindergärten noch Schulen noch Universitäten besuchen, Frauen war es untersagt zu arbeiten. Für internationale islamistische Terroristen wurde Afghanistan zum Zufluchtsort und Ausbildungslager. Von dort aus plante Al Qaida die Anschläge vom 11. September 2001 (Goertz 2022, S. 5).

Nach der Ausrufung des Islamischen Emirats Afghanistan gab sich der Anführer der Taliban Mullah Mohammed Omar den Titel „Beherrscher der Gläubigen“ (Amir al-Mu'minin). Die Taliban-Herrschaft über Afghanistan zum Ende der 1990er-Jahre basierte auf einer sehr rigiden Ausle-

gung des islamischen Rechts, der Scharia. Eine Religionspolizei überwachte die Einhaltung der Vorschriften. Versäumte Gebete, Nagellack oder zu kurze Bärte wurden mit körperlicher Gewalt und Misshandlung bestraft (Sagmeister 2021). Im März 1997 wurde eine Frau von den Taliban gesteinigt, weil sie mit einem Mann aus Afghanistan fliehen wollte, der nicht mit ihr verwandt war. Amputationen einer Hand oder eines Fußes oder beider Gliedmaßen waren unter den Taliban gängige und sehr häufig angewendete Strafen (Rashid 2010, S. 4–5).

Afghanistan während der westlichen *nation building*-Mission 2001 bis 2021

Die *nation building*-Strategie zahlreicher westlicher Staaten in Afghanistan kurz nach dem Sturz der Taliban-Regierung 2001/2002 zielte darauf ab, ein stabiles politisches und rechtliches System samt Wahlrecht zu etablieren. Afghanistan sollte als funktionierendes Staatswesen aufgebaut werden. So lag ein Schwerpunkt der internationalen *nation building*-Maßnahmen in Afghanistan auf sozial-wirtschaftlichen Stabilisierungsmaßnahmen zur Abdeckung der sozialen und wirtschaftlichen Grundbedürfnisse der Bevölkerung.

Im Gegensatz zum Kleinen Krieg im Irak, in dem strategische und taktische Erfolge der U.S.-*counterinsurgency*-Mission zum Ende der Bush-Administration ab Frühling 2007 zu erkennen waren, verschlechterte sich die Sicherheitslage in Afghanistan seit 2005 bis zum Ende der Bush-Administration signifikant. Auf den sehr schnellen taktisch-operativen Erfolg der Offensive der Hauptkampfhandlungen der Operation Enduring Freedom (OEF) und die daraus resultierende Entmachtung des Regimes der Taliban im Jahr 2001 entwickelte sich im Verlauf der Jahre 2002 und 2003 eine schnell und beständig größer werdende *insurgency*. Diese verstärkte sich seit 2005 weiter und schuf ab 2007 durch Parallelstrukturen in verschiedenen Provinzen weitreichende *governance*-Vakuen der afghanischen Zentralregierung und der internationalen ISAF/OEF-Koalition (UK Homeoffice 2006; UK Homeoffice 2009; Goertz 2022, S. 10).

Die Bedrohung der Inneren Sicherheit in Afghanistan durch die *insurgency* der Taliban und Al Qaida stieg seit 2005 signifikant an, und so verfügte die afghanische Zentralregierung in kurzer Zeit nur noch über eine eingeschränkte militärische, polizeiliche und rechtsstaatliche Kontrolle, vor allem im Süden und Osten des Landes. Die internationalen Truppen mussten in der ersten Dekade des 21. Jahrhunderts durchgängig mit Be-

drohungen und Anschlägen entlang der Hauptschmuggelrouten und *lines of communication* (LOC) sowie mit Attentaten – vor allem in den großen Städten – rechnen, wobei die afghanischen Sicherheitskräfte lange das Primärziel darstellten. Diese Anschläge erfolgten überwiegend durch IED und Raketenangriffe.

Neben der hohen Zahl war die psychologisch-politische Wirkung der Anschläge der Taliban und der Al Qaida entscheidend – ebenso wie, ob ihre Frequenz und ihr räumlicher Radius ab- oder zunehmend war. Die Taliban und Al Qaida versuchten durch diese Anschläge und Angriffe die *governance*-Reichweite der afghanischen Regierung und der internationalen ISAF-/OEF-Koalition so zu verringern, dass Sicherheits- und *governance*-Vacuen entstanden, welche die Taliban dann sofort durch Parallelstrukturen in Form einer Schattenherrschaft zu füllen versuchten (Goertz 2022, S. 14).

Afghanistan seit der zweiten Machtübernahme durch die Taliban

„Ihr habt die Uhren – wir haben Zeit“, dieses Motto der Taliban kursierte bereits seit 2006 in Afghanistan, als sich die Sicherheitslage nach der westlichen Intervention im Oktober 2001 dramatisch verschlechtert hatte. Die politisch-militärische Strategie der Taliban war an die westlichen Staaten und deren Streitkräfte gerichtet: „Wir müssen doch nur abwarten. Ihr seid irgendwann wieder weg und wir dann zurück.“ 20 Jahre, nachdem die USA und ihre westlichen Verbündeten die Taliban entmachtet und vertrieben hatten, konnten die Taliban im August 2021 innerhalb von wenigen Tagen die Kontrolle über Kabul und weite Teile Afghanistan übernehmen (Goertz 2021, S. 743–744).

Trotz enormer militärischer, technischer und finanzieller Überlegenheit und totaler Lufthoheit gelang es der westlichen Koalition zu keinem Zeitpunkt zwischen 2001 und 2021, die Taliban militärisch entscheidend zu besiegen. Auf dem Höhepunkt des Krieges standen ca. 180.000 Koalitionssoldaten und Tausende private Sicherheitskräfte unter NATO-Kommando, während es wohl nie mehr als 60.000 Taliban-Kämpfer gab. Auch wurden die Taliban im Gegensatz zu den Mudschahedin in den 1980er-Jahren von keiner Großmacht unterstützt. Die Stärke der afghanischen Armee, Polizei und anderer Sicherheitskräfte wurde auf 350.000 geschätzt. Sie wurden von der NATO nicht nur ausgerüstet und trainiert, sondern auch finanziert. Von den mit Billionen US-Dollar bzw. EURO unterstützten Zielen Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Gleichberechtigung von Frauen

ist nach dem Abzug der NATO-Truppen und der zweiten Machtübernahme durch die Taliban nichts übrig geblieben (Goertz 2021, S. 743–744).

Der Abzug der NATO-Truppen aus Afghanistan signalisierte das Ende einer westlich dominierten Welt und damit der Hoffnung, dass sich nach dem Verfall des Kommunismus die liberale Demokratie weltweit durchsetzen würde. Es sind nun andere Staaten, die aktuell weltweit militärisch intervenieren, um eigene nationale Interessen durchzusetzen. Russland, Iran, Pakistan, Indien und China bemühen sich seit einiger Zeit um Einfluss in Afghanistan. Allerdings betreiben sie kein *nation building* nach westlichem Vorbild, sondern verfolgen geopolitische, sicherheitspolitische und wirtschaftliche Interessen. Pakistan beispielsweise hat Interesse daran, die Flüchtlingszahlen in der Region zu reduzieren.

Anfang September 2021 haben die Taliban das „Islamische Emirat Afghanistan“ ausgerufen. Die wenige Tage alte Regierung wurde in der westlichen Welt medial als „Talibanriege der Hardliner“ bezeichnet. Verschiedene Minister dieser Regierung stehen auf internationalen Terrorlisten: der Verteidigungsminister beispielsweise ist der Sohn von Taliban-Gründer Mullah Omar. Die neuen Herrscher in Afghanistan signalisieren mit dieser Regierung, dass sie sich im Augenblick als unabhängig vom Wohlwollen der internationalen westlichen Staatengemeinschaft sehen. Kurz vor der Verkündung dieser Regierung für Afghanistan hatten deutsche und internationale Politiker und Medien von Verhandlungen mit „moderaten Taliban“ gesprochen. Das neue Kabinett allerdings ist sicherlich alles andere als eine Regierung von Moderaten. Diese neue Taliban-Regierung sandte ein verheerendes Signal in zwei Richtungen aus, nach innen an die afghanische Bevölkerung und nach außen an die internationale Staatenwelt. Die Taliban hatten nach ihrer Machtübernahme in Kabul versprochen, eine „inklusive“ Regierung zu bilden, allerdings taten sie genau das Gegenteil. Repräsentanten der alten afghanischen Regierung waren in dieser neuen Regierung keine zu finden, ebenso wenig Frauen. Auch die von den Taliban noch im August versprochene „ethnische Vielfalt“ gab es in der neuen Regierung nicht. Paschtunen, die nur rund 40 Prozent der afghanischen Bevölkerung ausmachen, besetzen fast alle Ministerposten. Das Ministerium für Frauenangelegenheiten schafften die Taliban kurzerhand ab. Dafür gibt es nun wieder ein „Ministerium für die Förderung der Tugend und die Bekämpfung des Lasters“ wie während der ersten Taliban-Herrschaft. Die alte Taliban-Elite, die schon in den 1990er-Jahren zentrale Regierungsposten besetzte, wurde ergänzt mit jungen Taliban-Führern, die im ersten Emirat noch zu jung waren, um zu regieren. Der UN-Sicher-

heitsrat forderte wenige Tage nach der Vorstellung der neuen afghanischen Regierung in einer einstimmig verabschiedeten Resolution von den Taliban die Bildung einer inklusiven Regierung mit der Beteiligung von Frauen (Goertz 2022, S. 33).

Zahlreiche Afghanen, die sich eine friedlichere, wirtschaftlich stabilere Zukunft durch den westlichen Einfluss erhofft hatten, haben das Land nach der zweiten Machtübernahme durch die Taliban – v.a. auch in Richtung Europa – verlassen. Nach Angaben des UNO-Flüchtlingshilfswerks UNHCR waren kurz nach dem Ausrufen des zweiten Taliban-Regimes Afghanen – und nicht Syrer – die größte Gruppe der in Europa Asylsuchenden.

Wird Afghanistan wieder ein „sicherer Hafen“ für den islamistischen Terrorismus werden? Dies ist eine zentrale sicherheitspolitische Frage für die westliche Staatenwelt, auch für Deutschland. Kurz vor der Einnahme Kabuls durch die Taliban und der vollständigen Eroberung Afghanistans durch die Taliban erschien in einem Magazin der Al Qaida ein Artikel von Taliban-Sprecher Zabihullah Mujahid, der mit einem Versprechen endet: Die Taliban würden nicht mit der Al Qaida brechen. Der Taliban-Sprecher Zabihullah schrieb, die Taliban hätten sich viel Mühsal ersparen können, vielleicht wären die USA nie in Afghanistan einmarschiert, hätten die Taliban Osama bin Laden kurz nach 9/11 – wie von den USA verlangt – ausgeliefert. Aber man habe „damals nicht nachgegeben“, man werde „heute und in Zukunft nicht nachgeben“. Die Al Qaida hat den Kampf der Taliban gegen die westlichen Soldaten in Afghanistan unterstützt, denkt aber weiter als nur an Afghanistan. Die Al Qaida denkt international und kann nun in Afghanistan wieder ungestört das tun, was sie vor der westlichen Intervention kurz nach 9/11 getan hat: rekrutieren, in Terrorcamps ausbilden und Anschläge in der westlichen Welt planen (Goertz 2022, S. 35).

→ Bundeswehr

→ Central Intelligence Agency (CIA)

→ Islamistischer Terrorismus, Dschihadismus

→ NATO

→ USA

Quellen

- ▶ CIA (2022): The World Factbook. Afghanistan. Country Summary. <https://www.cia.gov/the-world-factbook/countries/afghanistan/summaries#economy> (21.11.2023).

- ▶ Goertz, Stefan (2022): Afghanistan und die Taliban. Ein Überblick. Wiesbaden.
- ▶ Goertz, Stefan (2021): Afghanistan. Eine aktuelle sicherheitspolitische Analyse – Erste Bilanz und Ausblick. In: Österreichische Militärische Zeitschrift 6/2021, S. 739–744.
- ▶ Mielke, Katja (2021): Vor 25 Jahren: Taliban erobern Kabul. <https://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/340903/taliban> (21.11.2023).
- ▶ Putz, Ulrike (2020): In den Neunzigerjahren errichteten sie eine religiöse Diktatur und gewährten Terroristen Zuflucht. Nun streben die Taliban zurück an die Macht. 23.03.2020. <https://www.nzz.ch/international/afghanistan-die-rueckkehr-der-taliban-ld.1545817> (21.11.2023).
- ▶ Rashid, Ahmed (2010): Taliban. New York.
- ▶ Sagmeister, Johanna (2021): Afghanistan – Wer sind die Taliban? 17.08.2021. <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/afghanistan-taliban-hintergrund-100.html> (21.11.2023).
- ▶ UK Home Office (2009): Operational Guidance Note Afghanistan. London.
- ▶ UK Home Office (2006): COIS Afghanistan Country Report 2006. Background Information: Geography & Constitution & FCO. Country Profile 2006. London.

Afrikanische Union

Die Afrikanische Union strebt gemäß der „Konstituierenden Akte“ der im Juli 2000 definierten Ziele der Afrikanischen Union (AU) vor allem die Stärkung der Solidarität der afrikanischen Völker, die Verteidigung der Souveränität der Mitgliedstaaten, eine verbesserte Kooperation in der politischen Konsensbildung, die Förderung von Frieden und Stabilität, Armuts- und Krankheitsbekämpfung, die Förderung demokratischer Strukturen sowie die Einhaltung der Menschenrechte an (Meier/Kamp/Meyer zum Felde 2021, S. 25). Die AU zählt 53 Mitgliedstaaten und umfasst alle afrikanischen Staaten mit Ausnahme Marokkos. Die Struktur der AU ähnelt derjenigen der Europäischen Union. Die wesentlichen Institutionen der AU sind:

- Die Versammlung der Staats- und Regierungschefs
- Exekutivrat
- Kommission
- Panafrikanisches Parlament
- Gerichtshof

- Komitee der ständigen Vertreter
- Friedens- und Sicherheitsrat (Meier/Kamp/Meyer zum Felde 2021, S. 25).

Die Organisation für die Afrikanische Einheit (OAU) wurde am 25. Mai 1963 in Addis Abeba als größte Regionalorganisation der Welt gegründet. Sie wurde 2002 von der Afrikanischen Union (AU) abgelöst.

Seit Mitte des 20. Jahrhunderts stellen regionale Kooperationen zwischen Staaten wie beispielsweise die Europäische Union, die OAS (Organisation Amerikanischer Staaten), der ASEAN (Verband Südostasiatischer Staaten sowie der Afrikanischen Union (AU)) eines der strukturbestimmenden Merkmale des heutigen internationalen Systems dar. Die Gründe hierfür liegen unter anderem in der zunehmenden sicherheitspolitischen, wirtschaftlichen, technologischen, kulturell-gesellschaftlichen und ökologischen Globalisierung und Interdependenz und der damit verbundenen Schwächung der nationalstaatlichen Problemlösungsfähigkeiten (Rinke 2016, S. 401).

Die zwischen der Europäischen Union und der AU gemeinsam erarbeitete und beim EU-Afrika-Gipfel in Lissabon im Dezember 2007 verabschiedete EU-Afrika-Strategie sowie der dazugehörige Aktionsplan stellen einen Rahmen für die Zusammenarbeit der beiden Organisationen dar. Zu den Zielen der EU-Afrika-Strategie gehört die Förderung von Frieden und Sicherheit, nachhaltiger Entwicklung, von *good governance* sowie die Förderung der Zivilgesellschaft und von Menschenrechten (Meier/Kamp/Meyer zum Felde 2021, S. 26).

→ Europäische Union (EU)

→ Russland

→ United Nations/Vereinte Nationen

→ USA

Quellen

- ▶ Meier, Ernst-Christoph/Kamp, Karl-Heinz/Meyer zum Felde, Rainer (2021): Wörterbuch zur Sicherheitspolitik. 9. Auflage. Hamburg.
- ▶ Rinke, Reinhard (2016): Regionalisierung/Regionalismus. In: Woyke, Wichard/Varwick Johannes (Hrsg.) (2016): Handwörterbuch Internationale Politik. Opladen & Toronto, S. 401–402.